

Presseerklärung

31.5.2007

Hilfsorganisationen kritisieren Pharmapatente

Beim bevorstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm ist mit einer heftigen Auseinandersetzung um die globale Gesundheitssituation, die AIDS-Krise und den Zugang zu patentgeschützten Medikamenten zu rechnen. Werden Länder wie Thailand und Brasilien gestärkt, die das legale Mittel der Zwangslizenzen einsetzen, um der eigenen Bevölkerung ausreichend AIDS-Medikamente zur Verfügung zu stellen? Oder gewinnen die Interessen der Pharmaindustrie die Oberhand, die mit Macht ihr Patentmonopol und damit einhergehenden hohen Medikamentenpreise sichern will?

Angesichts dieser Auseinandersetzungen haben eine Reihe deutscher und internationaler Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der globalen Gesundheitssituation beschäftigen, mit einer gemeinsamen Erklärung zu Wort gemeldet. Sie fordern eine Neuausrichtung der globalen Medikamentenpolitik auf die bislang missachteten Bedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsschichten weltweit und die Sicherstellung eines preiswerten Zugangs zu patentgeschützten Medikamenten. Die Erklärung „Für Innovation und Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln“, die von medico international, Brot für die Welt, Misereor und BUKO Pharma-Kampagne initiiert wurde, kritisiert das gegenwärtige patentgeschützte Forschungsmodell. Es führe dazu, dass vorwiegend Medikamente und Impfstoffe für eine zahlungskräftige Kundschaft entwickelt würden. „Systematisch werden die Gesundheitsbedürfnisse von Menschen, die über keine oder zu geringe Kaufkraft verfügen, vernachlässigt“, heißt es in der Erklärung. Die Organisationen beklagen, dass der medizinische Fortschritt an der Mehrheit der Weltbevölkerung vorbei gegangen sei: 13 Millionen Menschen sterben jährlich an behandelbaren Krankheiten, auch deshalb weil „Pharma-Patente als de-facto Monopole dafür sorgen, dass selbst lebensnotwendige Medikamente unerschwinglich teuer sind“.

Die Organisationen kritisieren Versuche, das internationale Patentrecht im Gesundheitsbereich zu verschärfen. Im Gegensatz dazu müsste die Verhängung von Zwangslizenzen für notwendige Medikamente sowie deren lokale Produktion unterstützt werden. Die Unterzeichner fordern „eine an den Gesundheitsbedürfnissen ausgerichtete Politik, die Arzneimittel wie auch andere unentbehrliche Güter der Daseinsvorsorge als öffentliche Güter begreift, die prinzipiell von Monopolen und exklusiven Vermarktungsrechten ausgenommen sind.“

Außerdem unterzeichnet haben die Erklärung: Aktionsbündnis gegen AIDS, Health Action International (HAI), European AIDS Treatment Group, IPPNW – Ärzte in sozialer Verantwortung, Médecins Sans Frontières (MSF), medico international (Schweiz), SAN SEEDS ACTION NETWORK

Den vollständigen Text der Erklärung finden Sie unter
www.bukopharma.de/Aktuelles/Berliner_Erklaerung_Innovation.html

Pressekontakt: Christian Wagner, BUKO Pharma-Kampagne,
Tel: 0521-96 87 94 84 cwagner@bukopharma.de